2003, Ausgabe 2

12.09.2003

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Themen in dieser Ausgabe:

- Pestizide auch in Gladbecker Lebensmitteln?
- Vorgezogene Schulanmeldung an Grundschulen
- Erste Personalservice-Agentur für Gladbeck
- Passivhaus-Standard für den Verwaltungsneubau
- Aktuelle Infos aus der Bundespolitik

In dieser Ausgabe:

Ministerien äußern sich zu A52-Deckel 2

FSC-Holz: GRÜNE greifen Verwaltung unter die Arme 2

GRÜNE erkundigen sich über Lebensmittelqualität 3

Vorgezogene Schulanmeldung an Grundschulen 3

Abschaffung der Baumschutzsatzung Unsinn! 4

Internetangebot der Stadt hat starken Verbesserungsbedarf 4

Antrag zur Solarsiedlung Berliner Straße 6

Rathausneubau: GRÜNE werben weiter für Passivhaus-Standard

Die optionale Ausschreibung des vom Haupt- und Finanzausschuss gewünschten Rathausneubaus in der Passivhaus-Bauweise ist rechtlich zulässig. Zu diesem Ergebnis kommt das Landesbauministerium in einem Schreiben an die Stadt, das den GRÜNEN vorliegt.

In seiner letzten Sitzung am 14. Juli hatte der Haupt- und Finanzausschuss auf Antrag der Grünen beschlossen, den Verwaltungsneubau optional als Passivhaus auszuschreiben, soweit dies rechtlich möglich und wirtschaftlich darstellbar ist.

Wie das Ministerium jetzt mitteilte, ist die Ausschreibung von zwei Varianten, also der Passivhaus-Bauweise und der konventionellen, rechtlich möglich. Damit wurde eine der beiden Einschränkung des HFA-Beschlusses zwischenzeitlich geklärt.

Die Passivhaus-Bauweise ist die konsequente Fortführung der heute vorgeschriebenen Niedrigenergie-Bauweise. Durch eine optimale Dämmung und eine luftdichte Gebäudehülle verbraucht ein Passivhaus 80 Prozent weniger Heizenergie als ein konventioneller Bau.

Zum Abriss frei gegeben: die beiden Rathaus–türme am Willy-Brandt-Platz

Das ehrgeizige Projekt, für das sich der Ausschuss einstimmig aussprach, weckte das Interesse des Ministeriums in Düsseldorf. "Nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch wegen des Neuheitscharakters würde ein Neubau des städtischen Verwaltungsgebäudes in Passivhaus-Bauweise in außerordentlicher Weise die Innovationskraft der Stadt Gladbeck symbolisieren und von überregionaler Bedeutung sein." heißt es aus dem Bauministerium.

Mehrfach bot das Ministerium der Verwaltung daraufhin Hilfe bei der Vorbereitung einer Variantenausschreibung an. Diese wurde von der Stadt bisher jedoch nicht wahrgenommen.

→ weiter lesen im Netz
→ Antwortbrief des Ministers

Keine Zustimmung für Essenspakete an Flüchtlinge

Dem Vorschlag der Verwaltung, vom Juni diesen Jahres in der Sozialausschuss-Sitzung, von Geldleistungen auf Essenspakete für Flüchtlinge umzusteigen, werden die Grünen nicht folgen.

Nach anerkannten Statistiken haben wir Bundesweit seit 1987 den niedrigsten Asylzugang nach Deutschland. Auch in Gladbeck haben wir in den letzten Jahren zwei Flüchtlingshäuser geschlossen.

In einer Stadt mit gut 78 000 Einwohnern haben wir etwa 580 Flüchtlinge mit Familien, die wir aus humanitären- oder Verfolgungsgründen aufgenommen haben. Für 277 Personen hat die Stadt Gladbeck die Kosten voll zu tragen, der Rest unterliegt den Erstattungsregelungen des Landes oder sie arbeiten selbst. Es sollte doch möglich sein, diese kleine Gruppe unter uns menschenwürdig leben zu lassen.

→ weiter lesen im Netz

A 52: GRÜNE reagieren auf Waltraud Lehn (SPD)

Etwas verwundert reagieren die Grünen auf Äußerungen der SPD-Bundestagsabgeordneten Waltraud Lehn zum Ausbau der A 52. Diese freute sich in der Marler Tagespresse über die hohe Priorisierung der Maßnahme im Bundesverkehrswegeplan. Gleichzeitig forderte sie aber gegenüber der Stadt Gladbeck, von deren Tunnellösungen abzurücken.

"Derartige Äußerungen von Bundestagsabgeordneten aus benachbarten Städten finde ich höchst bedauerlich", äußert sich der grüne Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann zu den Presseverlautbarungen von MdB Lehn. Den Wunsch nach einer Überdeckelung der zukünftigen Autobahn auf Gladbecker Stadtgebiet bezeichnete die SPD-Abgeordnete laut WAZ als "problematisch". An der Tunnelforderung dürfe das Projekt laut Lehn nicht scheitern.

"Gerade in den letzten Monaten haben wir unsere Bemühungen um eine Tunnellösung mit den Kollegen von der SPD gebündelt", bedauert Lehmann die nach seiner Ansicht eher unglücklichen Kommentare von Lehn. Man dürfe die Städte einer Region nicht gegeneinander ausspielen. Es wäre fatal, wenn die Marler das "Nadelöhr Gladbeck" nur als ärgerliches Hindernis auf dem Weg zu ihren Gewerbeflächen sähen. "Hier wohnen viele Bürgerinnen und Bürger an der Bundesstraße, die unter Lärm und Abgasen leiden und die ein Recht auf Schutz vor den Emissionen einer zukünftigen Autobahn haben", gibt Lehmann der SPD-Abgeordneten mit auf den Weg nach Berlin.

→ weiter lesen im Netz
→ A 52 - Infoseiten

Das historische Rathaus Gladbeck

Ministerien äußern sich zu A 52 - Deckel

"Ich bestätige Ihnen gerne, dass die vg. Ausbaumaßnahme im Kerngebiet der Stadt Gladbeck nur in stadtverträglicher Weise - d. h. unter Berücksichtigung einer Teilabdeckelung - umgesetzt werden sollte", heißt es in einem Antwortschreiben des Verkehrsministeriums aus Düsseldorf an die Grünen.

Anfang Juli hatten sich die Grünen an den Landesverkehrsminister, den Bundesverkehrsminister und den Bundeswirtschaftsminister gewandt, um die bisher unbefriedigenden Planungen zum Ausbau der B 224 zur A 52 zu korrigieren.

"Für den Rat der Stadt Gladbeck ist eine Abdeckelung der Autobahn 52 eine unverzichtbare Bedingung. Wir gehen davon aus, dass dem Bund daran gelegen ist, gemeinsam mit der Stadt Gladbeck als betroffener Kommune einvernehmliche Ausbaulösungen zu finden", hieß es in den Schreiben der Grünen an die drei Minister.

Aus dem Hause von Verkehrsminister Dr. Manfred Stolpe wird darauf hingewiesen, dass die planerischen Grundlagen für den Ausbau derzeit von der Straßenbauverwaltung des Landes erarbeitet würden...

→ weiter lesen im Netz
→ A 52 - Infoseiten

„Für den Rat der Stadt Gladbeck ist eine Abdeckelung der Autobahn 52 eine unverzichtbare Bedingung."

FSC-Holz: GRÜNE greifen Verwaltung unter die Arme

Hilfreich zur Seite standen die GRÜNEN jetzt der Verwaltung: Nachdem seitens des Ingenieuramtes Schwierigkeiten bei der termingerechten Beschaffung von Holz mit FSC-Siegel angemeldet wurden, überreichten die GRÜNEN jetzt eine Liste mit über 300 Händlern und Produzenten von FSC-Produkten allein aus Deutschland.

Der Umweltausschuss hatte Anfang des Jahres beschlossen, bei Holzkäufen - wo möglich - das FSC-Siegel zur Vorgabe zu machen - das einzige international und von einem breiten Bündnis (IG Metall, IG B.A.U., Nabu, BUND, Bund der Verbraucherzentralen u.a.) anerkannte und empfohlene Zertifikat, das eine ökologisch und sozial verträgliche Waldnutzung garantiert.

Die Liste, die die GRÜNEN der Verwaltung überreichten, bieten vom Pinselstiel über die Gartenbank bis zu Industrie- und Stammholz alles an, was "in Sachen Holz" denkbar ist und lassen keine Wünsche offen.

Die GRÜNEN zeigten sich erfreut, der Verwaltung jetzt helfen zu können...

→ weiter lesen im Netz

→ deutsche FSC-Seiten

In Gladbeck nur zertifiziertes Holz

GRÜNE erkundigen sich über Lebensmittelqualität

Bei Stichprobenuntersuchungen in Supermärkten stellten Verbraucher- und Umweltorganisationen höchst bedenkliche Pestizidrückstände auf Lebensmitteln fest. Dies veranlasste die Grünen, sich an Landrat Hans-Jürgen Schnipper zu wenden, der für die Lebensmittelüberwachung im Kreis verantwortlich ist.

Insbesondere auf Paprika, Trauben und Erdbeeren hätten Pestizidrückstände in vielen Fällen die zulässigen Grenzwerte überschritten. Laut einer Greenpeace-Studie waren unter den in Trauben gefundenen Pestiziden die möglicherweise Krebs erregenden Stoffe Dimethoat und Ethofenprox, zudem Chlorpyriphos und Fenitrothion, die vermutlich schon in kleinsten Mengen hormonell wirksam sind und die Fortpflanzung stören. "Nach BSE, Nikotin in Geflügel, Schweinepest und Hühnergrippe werden einmal mehr die Verbraucher in ihrem Vertrauen in die Qualität der angebotenen Lebensmittel verunsichert", schreibt Fraktionsvorsitzender Mario Herrmann an Landrat Schnipper. Vor dem Hintergrund des aktuellen Lebensmittelskandals möchten die Grünen vom Kreis daher Fragen hinsichtlich der Lebensmittelüberwachung beantwortet wissen.

Die brennenste Frage, die auch vielen Verbrauchern in Gladbeck auf dem Herzen liegen wird, ist, ob die Kontrolleure des Kreises auch in Gladbecker Supermärkten Pestizidrückstände auf Lebensmitteln vorfanden. "Wie bewerten Sie die Pestizidfunde und welche Konsequenzen wurden gezogen bzw. welche Maßnahmen eingeleitet", wollen die Grünen von Landrat Schnipper wissen.

→ weiter lesen im Netz
→ Brief an den Landrat

Nach der Greenpeace-Studie: Wie gesund sind unsere Lebensmittel?

Hartz-Reform: GRÜNER Appell an Firmen

Die GRÜNEN begrüßen die Gründung der ersten Personal Service Agentur für Gladbeck. Erst vor einem Monat hatten sich die GRÜNEN mit einer Anfrage an die Verwaltung gewandt, um den Sachstand zur Umsetzung der Hartz-Reform abzufragen.

"Gladbecker Arbeitssuchende erhalten jetzt die Möglichkeit, flexibel an Betriebe und Arbeitgeber vermittelt zu werden", freut sich der Stadtverbandssprecher der GRÜNEN, Bernd Lehmann, über das neue Angebot durch die Personal Service Agentur (PSA). Begrüßt wird seitens der GRÜNEN, dass man mit der Unternehmensgruppe zur Förderung der beruflichen Bildung Jugendlicher und junger Erwachsener (BBJ) eine Verleihfirma als Partner gefunden hat, welche insbesondere im Umgang mit jungen Arbeitslosen auf eine langjährige Erfahrung zurückblicken könne.

Über die PSA könne nun ein breites Spektrum an Branchen abgedeckt werden, in die die Arbeitslosen leihweise vermittelt werden. Sei es das Hotel- und Gastgewerbe, die Gastronomie, die Metallverarbeitung oder kaufmännische bzw. Dienstleistungsberufe - all diese Branchen profitieren von der flexiblen Arbeitnehmerüberlassung, mit der die Unternehmen auf ihren wechselnden Bedarf an Arbeitskräften reagieren können.

→ weiter lesen im Netz

Mit der Personal Service Agentur können Firmen flexibel auf ihren wechselnden Bedarf an Arbeitskräften reagieren.

GRÜNE begrüßen vorgezogene Anmeldung zur Grundschule

Mit der Verabschiedung des Schulrechtänderungsgesetzes vom 2. Juli 2003 durch den Landtag NRW und der damit verbundenen vorgezogenen Anmeldung zur Grundschule wird endlich die rechtzeitige Erfassung und Förderung von nicht deutsch sprechenden Kindern mit Migrationshintergrund möglich, freut sich die Stadtverbandsprecherin der Grünen, Müzeyyen Dreessen.

Nach dem neuen Gesetz wird die Anmeldung auf den Herbst des Vorjahres vorgezogen. Dies bedeutet, dass alle Kinder, die im kommenden Jahr schulpflichtig werden, bis zum 15. November des Jahres zur Schule angemeldet sein müssen. Durch eine gründliche Erfassung der Lernausgangslage und eine umfassende Beratung der Eltern können Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen zum Besuch einer vorschulischen Sprachförderung verpflichtet werden.

Innerhalb der Förderangebote im Kindergarten und der vorschulischen Sprachkurse ist es dabei wichtig, sowohl den Eltern als auch den Kindern zu vermitteln, dass die Muttersprache, die sie mitbringen eine Bereicherung und kein Defizit ist.

→ weiter lesen im Netz

Bunte Vielfalt bei der Einschulung auch an Gladbecker Schulen.

GRÜNE: Abschaffung der Baumschutzsatzung Unsinn!

Klar gegen die offensichtlich von der CDU geplante Abschaffung der Baumschutzsatzung sprachen sich jetzt Bündnis´90/DIE GRÜNEN aus.

Markus Holt, umweltpolitischer Sprecher der Ratsfraktion: "Mit dem Argument, mit dem die CDU die Baumschutzsatzung kippen will, kann man auch das Alkoholverbot am Steuer abschaffen - allein das zeigt schon, wie wenig durchdacht das Vorhaben der CDU ist; aber davon mal abgesehen haben wir mit der Bauschutzsatzung gute Erfahrungen gemacht - es gibt also keinen Grund, irgend etwas zu ändern!"

Die CDU hatte in der letzten Umweltausschusssitzung - ohne die von ihr selbst geforderten Vergleichsdaten der Nachbarstädte überhaupt gesehen zu haben - angekündigt, die Baumschutzsatzung abschaffen zu wollen. Begründung: Die Bürger könnten verantwortungsvoll mit dem Grün umgehen und bräuchten die Satzung nicht.

Dass das für viele Gladbecker zutrifft, bezweifelt auch Holt nicht, aber: "Ein kommunales "Gesetz" wie die Baumschutzsatzung wird wie jedes andere Gesetz, z.B. das Alkoholverbot am Steuer, für diejenigen gemacht, die offensichtlich nicht verantwortungsvoll genug sind; alle anderen haben mit der Satzung aber auch keine Probleme - warum sie also abschaffen?"

Auch von der CDU behauptete besondere Schwierigkeiten bei geplanten Baumfällungen kann Holt nicht erkennen...

→ weiter lesen im Netz

Die Baumschutzsatzung stellt „echte Persönlichkeiten“ unter Schutz

Jury sieht Verbesserungsbedarf bei städtischer Homepage

Das Angebot der städtischen Internetpräsenz unterzogen die Grünen dem Urteil einer unabhängigen Fachjury. Bereits im vergangenem Jahr meldeten sie die Seiten der Stadt Gladbeck für den IfR-Internetpreis 2003 an. Das Juryergebnis liegt den Grünen jetzt vor.

Mit dem IfR-Internetpreis werden Kommunen ausgezeichnet, die ihre planungsbezogenen Informationen (Bebauungspläne, Entwicklungskonzepte, Beteiligungsverfahren u.ä.) bürgernah und überzeugend im Internet präsentieren. Damit soll Transparenz und Bürgerbeteiligung gefördert werden. "Mit den Informationen zum Ausbau der Lambertistraße und den Berichten und Fotos zur Gestaltungssatzung Schultendorf ist die Stadtverwaltung auf dem richtigen Weg", bewertet Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann das städtische Internetangebot durchaus positiv. Im Vergleich zu anderen Städten zeige sich hier aber immer noch ein sehr deutlicher Nachholbedarf.

Zu diesem Ergebnis kommt auch die sechsköpfige Jury bei der Bewertung der Gladbecker Seiten. Die Informationen zu Baumaßnahmen seien nur schwer zu finden.

→ weiter lesen im Netz

→ Jury-Protokoll (pdf)

Jury beurteilt: „Internetangebot der Stadt ist unübersichtlich und wenig informativ!“

Broschüre informiert über Fahrradparkplätze

"Was lange währt, wird endlich gut", dachten sich die Grünen und freuen sich über das Ergebnis eines Antrages, den sie bereits im August 2000 gestellt hatten: eine Broschüre, die Architekten und Bauherren über Fahrradparkplätze bei Neu- und Altbauten informiert.

Wer kennt es nicht das leidige Thema: man muss kurz Besorgungen machen und würde auch gerne das Fahrrad nutzen. Doch der kostbare Drahtesel steht im Keller, während das Auto direkt vor der Tür steht. Bevor man also mühsam das Zweirad die steile Kellertreppe hinaufschleppt, springt man dann doch schnell ins Auto.

So attraktiv das Fahrrad als preiswertes, gesundes und umweltfreundliches Fortbewegungsmittel auch ist, sind es meistens diese sogenannten "Fahrtantrittswiderstände" die das Fietz bei der Verkehrsmittelwahl ausscheiden lassen. "Unser Anliegen war es daher, Bauherren und Architekten besser zu informieren und den Parkplatz für´s Fahrrad gleich mitplanen zu lassen", erläutert Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann den damaligen Antrag, der einstimmig vom Bauausschuss beschlossen wurde.

→ weiter lesen im Netz

Damit auch das Fahrrad seinen Platz im Haus bekommt, sollen jetzt Architekten und Bauherren besser informiert werden

Bundespolitik: „Heute die Fragen von morgen lösen!“

Mut haben zum Systemwechsel – das forderte Steffi Lemke, politische Bundesgeschäftsführerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf der grünen Tagung zum Thema „ Bürgerversicherung“ in Berlin. Die Bürgerversicherung sei “eine für alle“ und stehe für die grüne Vorstellung von Gerechtigkeit.

Es sei notwendig, einen Schlussstrich unter ein Finanzierungsmodell aus dem vorigen Jahrhundert zu ziehen, so die grüne Politikerin. Das Gesundheitssystem brauche mehr Wettbewerb. „Bürgerversicherung und Wettbewerb sind eine Seite der Medaille.“ Nur so könne es gelingen, Kosten zu stabilisieren und das Missverhältnis von Einnahmen und Ausgaben in den Griff zu bekommen. Aufgabe sei jetzt, so die grüne Bundesgeschäftsführerin, ein konkretes Modell zu entwickeln, wie die Bürgerversicherung eingeführt werden könne. Es sei schon immer die Stärke der grünen Partei gewesen, „heute die Frage von morgen zu lösen“.

Machen Sie mit:
GRÜNE TESTWOCHEN
Werden Sie Mitglied!

Zu der Tagung zum Thema „ Bürgerversicherung“ hatte der Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingeladen. Neben Steffi Lemke diskutierten unter anderen auch der Co-Parteivorsitzende Reinhard Bütikofer, der grüne Außenminister Joschka Fischer, Krista Sager, Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ursula Engelen-Kefer, Karl Lauterbach, Professor für Medizin an der Kölner Universität und Mitglied der Rürup-Kommission und Abgeordnete der SPD über die anstehende Reform des Gesundheitssystems. Die “querköpfigen alten Männer“ der Union konnten sich, wie Steffi Lemke bedauernd feststellte, “trotz großer Bemühungen“ seitens der Veranstalter nicht dazu entschließen, an der Diskussion teilzunehmen.

→ Fakten und Daten zur Bür-

Bundespolitik: Bald hat sich´s ausgespammt

Sie verstopfen den E-Mail-Account und sie sind unappetitlich: Spam-Mails machen mehr als die Hälfte des elektronischen Potsverkehrs aus. Höchste Zeit für ein Abfallkonzept für den Werbemüll!

Unerwünschte Werbemails, in deren Betreffzeile vorzugsweise für Penisverlängerungen und multiple Orgasmen geworben wird, verursachen Kosten in Milliardenhöhe für Beseitigung, Schutzmaßnahmen, Leitungskosten und Serverbetrieb. Es gibt aber Möglichkeiten, sich gegen Spams zu schützen. Und, so meint die Bundestagsfraktion der Grünen, die Netz-Verschmutzung muss effektiver geahndet werden.

Mit der Neuregelung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) durch die rot-grüne Bundesregierung soll ein Verbot für belästigende Werbung, die massenhaft an Verbraucher verschickt wird, neu in das Gesetz aufgenommen werden.

Das Konzept der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Spam-Mails und nützliche Tipps finden Sie im folgenden:

Verfeinerte Filtertechnik

Zahlreiche Anbieter von Mailprogrammen bieten einen besseren Schutz durch spezielle Spam-Filter. Sie sortieren unerwünschte Spam-Mails in ein eigenes Postfach. Einige Anbieter bieten individuelle Löschfunktionen auf dem Server an, damit der private Mail-Postkasten gar nicht erst zum Abfallcontainer wird. Andere Strategien setzen darauf, automatische Adressen-Suchroboter durch Verschlüsselung der E-Mail-Adresse auszutricksen...

→ weiter lesen im Netz

Bundespolitik: Frau Merkels strahlende Zukunft von gestern

Zu den Äußerungen von Frau Merkel zum Atomausstieg erklärt Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Frau Merkel beweist einmal mehr, dass ihr energiepolitisches Konzept immer noch von gestern ist. Aber, sie erinnert uns dankenswerterweise daran, dass die Auseinandersetzung über den Ausstieg aus der Atomenergie tatsächlich noch nicht vorbei ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird sich weiter verstärkt für den Atomausstieg und dessen Umsetzung einsetzen. So konnte in jüngster Vergangenheit dank grünem Einsatz verhindert werden, dass im EU-Konvent eine Bestandsgarantie für den Euratomvertag festgeschrieben wurde.

Unterstützen Sie grüne Energiepolitik!
Werden Sie Mitglied von Bündnis 90 / DIE GRÜNE

Wenn Frau Merkel die Atomenergie als Zukunftstechnologie lobt, dann müßte man wenigstens von ihr erwarten, dass sie sich den Problemen stellt, die eine „ strahlende“ Zukunft für unsere Gesellschaft bringen werden. Frau Merkel bleibt aber die Antwort auf die Endlagerproblematik schuldig.
Ende des Jahres wird in Stade das Atomkraftwerk vom Netz gehen – ein erster greifbarer Erfolg des grünen Atomausstiegs. Wir werden Frau Merkel gerne zu diesem denkwürdigen Ereignis einladen.“

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gladbeck

V.i.S.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

GRÜNER Antrag zur Solarsiedlung Berliner Straße:

Vor über sechs Jahren beschloss der Umweltausschuss der Stadt Gladbeck auf Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN, sich mit einem Teil des Baugebietes „Berliner Straße/Uechtmannstraße“ am Wettbewerb „50 Solarsiedlungen für NRW“ zu beteiligen.

Obwohl damit ein mehrjähriger Planungs- und Vorbereitungszeitraum zur Verfügung stand, wurde das Gebiet erst im Herbst 2002 als „ Solarsiedlung in Planung“ aufgeführt und erst Anfang 2003 eine Gesamtkonzeption entwickelt. Wie sich im Nachhinein (!) herausstellte, konnte das energetische Konzept des ursprünglich für das Baufeld 3c ausgewählten Teams „nicht an die Kriterien der Landesinitiative angepasst werden.“

All diese Umstände erwecken unglücklicherweise den Eindruck, dass es entgegen dem damaligen Beschluss über fünf Jahre lang überhaupt keine mit der Landesinitiative koordinierte Solarsiedlungsplanung gegeben hat.

Wir erwarten von der Verwaltung deshalb einen ausführlichen Bericht zum derzeitigen Sachstand der Realisierung der Solarsiedlung und darüber hinaus insbesondere Infor-mationen zu folgenden Fragen:

1. Seit wann gibt es eine Zusammenarbeit zwischen der Landesinitiative und der Stadtverwaltung im Zusammenhang mit der Planung der Solarsiedlung?

2. Wie konnte es zu einem erst nachträglich aufgefallenen Scheitern eines Bauteams an den Kriterien der Landesinitiative kommen?

3. Was genau ist unter einem „ Gladbecker Energiesparhaus“ zu verstehen...

→ weiter lesen im Netz

Die Kraft der Sonne produziert nicht nur Energie, sondern schafft auch Arbeitsplätze